



## **Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 07.09.2017:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, dan-news, lug-info sowie ria.ru  
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“*

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe zu humanitären Fragen, der Leiterin der Arbeitsgruppe zum Gefangenenaustausch der LVR Olga Kobzewa zur humanitären Untergruppe (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Zur Frage des Austausches festgehaltener Personen gibt es eine positive Tendenz, aber Stein des Anstoßes war die Frage, dass die ukrainische Seite die festgehaltenen Personen nach Kategorien aufteilt, solche Schritte widersprechen den Minsker Vereinbarungen.

In der ukrainischen Liste von Personen, die auf dem Territorium der LVR festgehalten werden, gibt es Personen, die an der Durchführung von Terrorakten auf dem Territorium der LVR beteiligt waren. Nach dem internationalen Recht können solche Personen nicht unter eine Amnestie fallen. Wir haben die Minsker Vereinbarungen vollständig unterstützt und unterstützen sie weiter, aber bei einer solchen Positionen der Ukraine werden wir gezwungen sein, die Freilassung von Terroristen zu verweigern.

Die ukrainische Seite ist ein weiteres Mal der Erörterung des Themas des Wiederaufbaus der zerstörten Brücke bei Staniza Luganskaja ausgewichen. Dieser Frage bleibt wie zuvor aktuell und die LVR wird auf ihrer Erörterung auf der nächsten Sitzung der humanitären Untergruppe als vorrangig bestehen.

Dnr-online.ru: Obwohl der Maßnahmekomplex einen Austausch nach der Formel „alle gegen alle“ vorsieht sowie ein Verbot der Verfolgung und Bestrafung von Personen, die mit dem Konflikt im Donbass verbunden sind, manipuliert die Ukraine weiter mit Fragen des Gefangenenaustauschs. Dies teilte der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin in einem offiziellen Kommentar mit.

„Im Rahmen der Arbeit zur Detaillierung der Listen unterlässt die Ukraine nicht die Versuche, die für den Austausch vorgesehenen Personen in Kategorien einzuteilen, festzulegen, wer ausgetauscht werden kann und wer nicht. Im Bestreben, den Verhandlungsprozess zu verzögern, beachten die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer weder die Zugehörigkeit der Gefangenen zu einer Konfliktseite noch deren Gesundheitszustand. Die DVR ihrerseits hat nicht die Absicht, in den Kerkern der ukrainischen Gefängnisse irgendeinen unserer Leute zu lassen. Wir haben auf einem Austausch alle gegen alle bestanden und werden weiterhin nur darauf bestehen“, kommentierte er. Nicht weniger empörend ist das Verhalten der Ukraine in der Frage der Annahme eines Amnestiegesetzes. Puschilin unterstrich, dass ein Amnestiegesetz notwendig ist, aber es muss wechselseitig für die Konfliktseiten gelten und sich auf alle Personen erstrecken, die mit dem Konflikt im Donbass verbunden sind und nicht Verbrecher - „ATO-Kämpfer“ - aus der Haft befreien.

Dnr-online.ru: Die Frage des Gefangenenaustauschs nach der Formel „alle gegen alle“ war ein Schlüsselthema der Erörterung der Teilnehmer der humanitären Untergruppe in Minsk am 6. September. Dies teilte der Pressedienst der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit.

„Wir meinen, dass die Verzögerung des Prozesses von Seiten der Ukraine eine Verhöhnung nicht nur der Gefangenen, sondern auch ihrer Verwandten ist. Mehr noch, die ukrainische Regierung spuckt den Einwohnern des Donbass weiterhin offen und höhnisch ins Gesicht, indem sie Gesetze über eine Amnestie für Teilnehmer der sogenannten ATO annimmt und dabei den Maßnahmenkomplex ignoriert, der von den Ländern des „normannischen Formats“ gebilligt wurde. Punkt 5 der Minsker Vereinbarungen könnte schon lange erfüllt sein. Aber die ukrainische Führung will keine freundlichen Schritte in Richtung der Republiken tun. Heute wurden die Listen für den Austausch unmittelbar erörtert, aber wir haben wieder damit gekämpft, dass die offiziellen Vertreter Kiews die Listen in Kategorien aufteilen, was Punkt 6 der Minsker Vereinbarungen widerspricht“, kommentierte die Bevollmächtigte der DVR.

Dabei ist die DVR ihrerseits nach den Worten Darja Morosowas lange bereit, den lang erwarteten Gefangenenaustausch, der vom Maßnahmenkomplex vorgesehen ist, durchzuführen.

„Ich habe den bevollmächtigten Vertretern der Ukraine vorgeschlagen, die Büchse der Pandora nicht zu öffnen, sondern die übernommenen Verpflichtungen im vollen Umfang zu erfüllen. Unsere Position bleibt unverändert: Niemand hat das Recht, die Punkte der Minsker Vereinbarungen zu missachten und die Menschen in Kategorien einzuteilen. Wir werden alles tun, um unsere Landsleute zu befreien. Ich will hinzufügen, dass bei uns auch keinerlei offiziellen Vorschläge der Gegner im Zahlformat eingegangen sind. Wir hoffen, dass die ukrainische Seite nicht selektiv an die Erfüllung der vorgeschriebenen Punkte des Maßnahmenkomplexes herangehen wird. Im Fall einer Erfüllung dieser Forderung wird der lang erwartete Austausch bald erfolgen, weil unsere Seite schon lange zu einem vollwertigen Austausch bereit ist“, unterstrich sie.

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zu den Ergebnissen der Sitzung der politischen Untergruppe in Minsk

Bei der heutigen Sitzung der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen haben die Vertreter der Ukraine keine offizielle Position zu keiner einzigen Frage vorgelegt. Während tatsächlich kein einziger Punkt des Maßnahmenkomplexes von Kiew realisiert wurde, hat die ukrainische Seite wieder heuchlerische Erklärungen verlautbart, dass sie all ihre Verpflichtungen bezüglich der Minsker Vereinbarungen erfüllt hat. Mehr noch, obwohl sie sehr gut wissen, dass das Gesetz „Über eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste“ ein Schlüsselakt für die Lösung aller politischen Fragen ist, erlauben es sich die Vertreter der Ukraine untätig zu sein und zu unseren Aufrufen, Varianten zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes und für sein Inkrafttreten zu erörtern, zu schweigen.

Im Ergebnis des Berichts des Koordinators über die gegebene Situation war der Vertreter der Ukraine in der Kontaktgruppe Leonid Kutschma gezwungen zu bestätigen, dass die ukrainische Seite zum nächsten Treffen ihre Position zu allen Fragen der Gültigkeit des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass vorstellen wird. Obwohl es dafür schon einen Präzedenzfall gibt, als Kutschma im Januar dieses Jahres versprach, auf der nächsten Sitzung schriftliche Positionen der Ukraine zu den Modalitäten der Wahlen vorzulegen, sie aber nicht vorgelegt wurden. Aber dennoch erlaubt uns allein der Fakt einer Bestätigung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Kontaktgruppe durch die Ukraine zu hoffen, dass auf der nächsten Sitzung Antworten zur grundlegenden Frage der politischen Tagesordnung – der besondere Status für unsere Territorien – vorliegen werden, im Zusammenhang damit ergibt sich die Möglichkeit, dass endlich mit einer konstruktiven Erörterung einer diplomatischen Regelung des Konflikts im Donbass begonnen werden kann.